

INFORMATIONEN AUS DER AMTLICHEN STATISTIK

April–Juni 2015



2 | 2015

Statistisches Bundesamt

Herausgeber	Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Geschäftsstelle des Statistischen Beirats
Internet	www.destatis.de
Schriftliche Anfragen	www.destatis.de/kontakt
Zentraler Auskunftsdienst	Telefon +49 (0) 611 / 75 24 05
Erscheinungsfolge	vierteljährlich
Erscheinungstermin	Im Juli 2015
Fotorechte	©Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
© Statistische Bundesamt, Wiesbaden 2015	Vervielfältigungen und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt	<i>Seite</i>
Editorial	
Ein Fall für die Versorgungsempfängerstatistik	5
Veranstaltungen und Besuche	
25. Sitzung des ESS-Ausschusses (AESS)	6
Amtsleiterkonferenz in Saarbrücken	8
Fachtagung zu Qualitätsaspekten der Ausbildung in der empirischen Forschung	9
Erster Bürgerdialog „Gut Leben“ der Bundesregierung	10
Deutsche Bundesbank informiert sich zur automatisierten Bearbeitung von Außenhandelsmeldungen	10
KAZSTAT-Projekt: Amtsleitertreffen in Astana und kasachische Gäste im Statistischen Bundesamt	11
Besuch von mongolischen Parlamentariern im i-Punkt Berlin	12
Amtsleiterbesuch des Schweizer Bundesamtes für Statistik	13
Vorstellung der Initiative „amtlich einfach - Staat der kurzen Wege“	14
Hintergrundgespräch „Warenhandel und Dienstleistungsverkehr Deutschlands mit dem Ausland“	15
Globalkonferenz zur G-20 Initiative „Data Gaps“	16
Aktuelle Querschnittsveröffentlichungen	
Jahresbericht 2014	17
Strategie- und Programmplan 2015 – 2019	17
Broschüre zum G7-Gipfel	18
Europe in Figures: Webangebot jetzt komplett in Englisch	18
OECD360: Deutschland 2015	18
Fachspezifisches im Fokus	
Bevölkerung	
Neue Bevölkerungsvorausberechnung bis 2060	19
Online-Atlas mit Zensusergebnissen auf Gitterebene	20
Lebenserwartung für Jungen knapp 78 Jahre, für Mädchen rund 83 Jahre	20
Arbeitsmarkt	
Mikrozensus-Workshop 2015	21
Dienstleistungen	
Eurostat-Workshop „Index der Dienstleistungsproduktion“	22
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
50. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	23
Arbeitsgruppe Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (NAWG)	23
Preise	
19. Konferenz „Messung der Preise“	26

Inhalt

Bildung	
Mehr als jeder dritte Schüler beendete 2013 die Schule mit dem Abitur	26
Rechtspflege	
Jetzt neu: „Justiz auf einen Blick“	27
Implementierung der neuen internationalen Klassifikation für Straftaten (ICCS)	27
Kontakt zur Redaktion	29
Personalnachrichten	
Organisatorische Änderungen im Statistischen Bundesamt	30
Statistischer Beirat	30
Statistisches Bundesamt	30
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung	31
Hessisches Statistisches Landesamt	31
Landesamt für Statistik Niedersachsen	31
Anhang	
Tagungskalender	32
Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: Juli 2015	35

Ein Fall für die Versorgungsempfängerstatistik

Sehr geehrte Damen und Herren,



am 24. Juni traf sich der Statistische Beirat zu seiner 62. Jahrestagung in Wiesbaden. Es war die letzte Tagung unter meinem Vorsitz, denn Anfang Oktober trete ich in den Ruhestand – mein Fall wechselt dann von Fachserie 14, Reihe 6, in Reihe 6.1 – im Klartext: von der Personalstandstatistik des öffentlichen Dienstes in die Versorgungsempfängerstatistik.

Von denjenigen, die die Beiratstagung nicht besuchen konnten und mit denen ich in den verbleibenden Wochen meiner Dienstzeit absehbar nicht mehr zusammentreffen werde, möchte ich mich mit diesen Zeilen verabschieden und Ihnen danken: Für Ihr Interesse an der Statistik allgemein, an der Bundesstatistik im Besonderen und ganz besonders für Ihr kritisch-konstruktives Interesse am Statistischen Bundesamt, das Sie so vielfältig zum Ausdruck bringen. Ich hoffe, dass dieses Interesse noch lange erhalten bleibt und sich das Bundesamt und seine Nutzerinnen und Nutzer gegenseitig Impulse für ihre Arbeit geben werden.

Diese Ausgabe der „Informationen aus der amtlichen Statistik“ zeigt einmal mehr, wie intensiv die Diskussionen auf internationaler Ebene die Methodik der amtlichen Statistik prägen. Das ist auch folgerichtig angesichts der angestrebten internationalen Vergleichbarkeit statistischer Daten. So zeugt jeder Bericht von Fachgesprächen, Arbeitsgruppensitzungen und Konferenzen vom Versuch, unsere manchmal als chaotisch wahrgenommene Welt ein bisschen begreifbarer zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Roderich Egeler'.

Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes



25. Sitzung des ESS-Ausschusses (AESS)



Am 20. und 21. Mai 2015 trafen sich die Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter der EU-Mitgliedstaaten und Eurostats zur 25. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (AESS) in Luxemburg. Deutschland wurde vertreten durch Präsident Roderich Egeler, Abteilungsleiterin Sibylle von Oppeln-Bro-

nikowski und Gruppenleiter Bernd Störtzbach, begleitet von der Präsidentin des Hessischen Statistischen Landesamtes, Dr. Christel Figgner und deren Mitarbeiterin Nadine Müller.

Der AESS stimmte fünf Verordnungsentwürfen zu, die ihm im Rahmen des Komitologieverfahrens vorgelegt wurden. Es handelte sich um die Änderung des Bezugszeitraums für den Harmonisierten Verbraucherpreisindex auf 2015=100 ab Januar 2016, die Übermittlung von Zeitreihen für die seit dem 1.1.2015 geltende neue Klassifikation der Gebietseinheiten (NUTS), Ausnahmebestimmungen für vier Mitgliedstaaten in der Energiestatistik sowie – im Bereich der strukturellen Unternehmensstatistik im Anschluss an die Überarbeitung der statistischen Güterklassifikation CPA (Classification of Products by Activity) – um eine Anpassung des technischen Formats und um eine Anpassung der Datenreihen.

Der Entwurf eines „Delegierten Rechtsaktes“ zur Anpassung des Variablensets der Statistikverordnung zur pflanzlichen Erzeugung wurde in einer dem AESS vorgeschalteten Sitzung angenommen, so dass die Kommission den delegierten Rechtsakt dem Europäischen Parlament und dem Rat zur weiteren Beschlussfassung übermitteln wird. Gleichzeitig unterstützte die Mehrheit des AESS die Inhalte des überarbeiteten Programms für die freiwillige Lieferung von zusätzlichen Daten zur pflanzlichen Erzeugung einschließlich von durchzuführenden Schätzungen. Jedoch sprachen sich Mitgliedstaaten wie Deutschland dagegen aus, die freiwilligen Lieferungen in Form von „ESS-Vereinbarungen“ zu kodifizieren anstelle der bisher angewendeten „Gentlemen's Agreements“.

LUCAS (Land Use/Cover Frame Statistical Survey) ist eine im Auftrag von Eurostat dreijährlich durchzuführende Felderhebung zur Landbedeckung und Landnutzung. Über deren Fortführung wurde in einer dem AESS ebenfalls vorgeschalteten Sitzung diskutiert. Es ging um die Verbesserung der methodischen Grundlagen, eine effizientere Nutzung nationaler Daten, eine zielführende Einbeziehung anderer Kommissionsdienststellen und letztlich um die Schaffung einer Rechtsgrundlage.

Ein sehr wichtiger strategischer Tagesordnungspunkt waren die Arbeiten der „Vision Implementing Group (VIG)“ zur ESS Vision 2020 (vgl. TOP 1 der Beiratstagung 2015). Die Mitgliedstaaten begrüßten einvernehmlich die erzielten Fortschritte hinsichtlich der Implementierung der Vision, insbesondere die von der VIG vorgenommene Prioritätensetzung. Die gute Zusammenarbeit aller Beteiligten wurde betont. Das von der VIG eingeleitete Risikomanagement (Bewertung der Risiken, die mit der Umsetzung der Vision verbunden sind), wurde vom AESS begrüßt.

Der AESS verlieh das Label EMOS (European Master of Official Statistics), also die Berechtigung zur Durchführung eines entsprechenden Studiengangs, an die Universitäten Helsinki, Rennes, Trier (jeweils für den Masterstudiengang „Survey Statistics“ und „Economics“), Florenz, Pisa, „La Sapienza“ Rom, Utrecht, „Nova“ Lissabon, Örebro, Ljubljana und Southampton.



Der erste vollständige Entwurf zum Jahresarbeitsprogramm 2016 wurde dem AESS vorgelegt. Einige Mitgliedstaaten stuften bei einer grundsätzlichen Begrüßung das Programm aber insgesamt vor dem Hintergrund reduzierter Haushaltsmittel für die Statistik als zu ehrgeizig ein. Gefordert wurden deshalb eine stärkere Prioritätensetzung und eine bessere Information über die Kosten der Statistikvorhaben. Der Prozess der Kostenfeststellung wird derzeit von der zuständigen Direktorengruppe „Ressourcen“ eingeleitet.

Verabschiedet wurde der Entwurf des Zwischenberichts zur Bewertung des Mehrjahresprogramms 2013–2017 an das Europäische Parlament und den Rat. Die Mitgliedstaaten begrüßten die Empfehlungen an die Politik, die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um den Anforderungen an die Statistik auch in Zukunft entsprechen zu können. Die Kommission wurde aufgefordert, die notwendigen Investitionen zur Modernisierung des ESS zu finanzieren.

Die Überarbeitung und Fertigstellung der Produktliste Eurostats, die eine wichtige Grundlage für alle künftigen Jahres- und Mehrjahresprogramme ist, wurde begrüßt. Sie definiert auch die Inhalte dessen, was „Europäische Statistiken“ sind.

Die Vertreter der Mitgliedstaaten begrüßten den von Eurostat entworfenen Maßnahmenkatalog für die Umsetzung der Vorgaben der revidierten EU-Statistikverordnung Nr. 223/2009, die am 8. Juni 2015 in Kraft getreten ist. Es bestand Einvernehmen, dass bei der Umsetzung der Maßnahmen die Subsidiarität, die Verhältnismäßigkeit sowie die spezifischen institutionellen und rechtlichen Gegebenheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten zu berücksichtigen sind. Eine neue Arbeitsgruppe (Task Force) mit deutscher Beteiligung soll auf der Basis der von Eurostat vorgelegten Maßnahmen in den nächsten Monaten einen Aktionsplan entwerfen. Es bestand Einvernehmen, dass zur Vermeidung von Doppelarbeiten die Berichtspflichten angepasst werden müssen, die aus Artikel 11 der revidierten EU-Statistikverordnung Nr. 223/2009 und aus der Umsetzung der Verbesserungsmaßnahmen aus dem ESS Peer Review 2014/15 resultieren. Eurostat wird dazu einen Vorschlag erarbeiten.

In einer gemeinsamen Erklärung ging der AESS auf seine in der Sitzung wiederholte Verpflichtung zur fachlichen Unabhängigkeit statistischer Stellen und zur Glaubwürdigkeit europäischer Statistiken sowie auf die Statistik in Griechenland ein. Die Erklärung ist im Themenbereich ESS auf der Destatis-Website (www.destatis.de) veröffentlicht.

Der ESS Peer Review 2014/2015 endet im Sommer 2015 mit der Veröffentlichung der noch ausstehenden Ergebnisberichte für einige Mitgliedstaaten. Der AESS begrüßte die erzielten Fortschritte und den Vorschlag der zuständigen Task Force zum Monitoring der Implementierung der Ergebnisse des Peer Reviews zu Eurostat und den Mitgliedstaaten. Der Ausweitung des Mandats der Task Force „Peer Reviews“ für die Implementierungsphase stimmte der Ausschuss in diesem Zusammenhang zu.

Schließlich nahm der AESS den Bericht über den Stand der Arbeiten in ESSnets und die Vorschläge für das ESSnet-Programm 2016 zustimmend zur Kenntnis. Die in ESSnets erzielten Ergebnisse sollen in Zukunft besser in das ESS integriert werden. Deutschland begrüßte insbesondere das vorgesehene Kompetenzzentrum „Multi-Mode“ und erklärte seine Bereitschaft zur Mitarbeit. Der AESS verabschiedete die Version 1.2 des Qualitätssicherungsrahmens (QAF). Damit erhalten die Mitgliedstaaten eine bessere Anleitung für die Untersuchung des Verhaltenskodex.

Die nächste Sitzung des AESS findet am 25. September 2015 in Verbindung mit der DGINS-Konferenz 2015 in Lissabon statt.



Amtsleiterkonferenz in Saarbrücken



Vom 2. bis 3. Juni tagte die Amtsleiterkonferenz (ALK) unter dem Vorsitz des Statistischen Amtes Saarland in Saarbrücken.

Die Nachbarschaft zu Frankreich und Luxemburg und die räumliche Nähe zu Eurostat wurden auch in den Sitzungsthemen deutlich: Zu den Entwicklungen auf europäischer Ebene stellte das Statistische Bundesamt unter anderem die Empfehlungen Eurostats zur besseren Umsetzung des Verhaltenskodex für europäische Statistiken aus der letzten Peer Review-Runde im Dezember 2014 sowie die vorgesehenen Verbesserungsmaßnahmen vor. Die Amtsleitungen berieten und beschlossen darüber, wie das Controlling der verbundrelevanten Maßnahmen umgesetzt werden soll.

Auf internationaler Ebene gewinnt die politische Initiative der Vereinten Nationen (UN) zur nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development Goals, kurz SDG) an Bedeutung. Eine wichtige Aufgabe wird sein, ein Indikatorensystem zu erarbeiten, um Fortschritte bei der nachhaltigen Entwicklung beobachten zu können.

Ein Vortrag von Eurostat-Generaldirektor Walter Radermacher beschloss den ersten Sitzungstag. Die Amtsleitungen tauschten sich mit dem früheren Präsidenten des Statistischen Bundesamtes über verschiedenste Einflussbereiche aus, in denen sich die amtliche Statistik in Deutschland bewegt.

Als strategische Schwerpunkte nahmen auch die Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken (WSH) und der Zensus 2021 einen prominenten Raum in der ALK ein. Der Vorsitzende der Steuerungsgruppe „WSH“, Thomas Riede (Statistisches Bundesamt), erläuterte u. a. die wichtigsten Ergebnisse der Testerhebung zur Teilnahmebereitschaft bei freiwilligen Haushaltsbefragungen. Am zweiten Sitzungstag beriet die ALK ausführlich das Rahmenwerk zum Zensus 2021 mit den wichtigsten Forschungs- und Evaluierungsarbeiten.

Am Rande der Sitzung haben die Amtsleitungen die neue Bund-Länder-Kooperationsvereinbarung der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unterschrieben. Sie löst die vorangegangene vom 4. Februar 2003 ab.

Die nächste Amtsleiterkonferenz findet am 12. November 2015 in Wiesbaden statt.



Fachtagung zu Qualitätsaspekten der Ausbildung in der empirischen Forschung



Am 18. und 19. Juni 2015 fand im Statistischen Bundesamt eine wissenschaftliche Fachtagung zum Thema „Human Resources – Qualitätsaspekte der Ausbildung in der empirischen Forschung“ statt.

„Das Spektrum der Berufs- und Studienabschlüsse, aus dem sich Nachwuchskräfte rekrutieren, ist heute deutlich breiter geworden als in der Vergangen-

heit, unter anderem durch die Aufteilung der Hochschulabschlüsse in Bachelor und Master“, leitete Sibylle von Oppeln-Bronikowski (Leiterin der Abteilung B „Strategie und Planung, internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation“) im Rahmen der Begrüßung in die Thematik ein.

„Amtliche Statistik und Marktforschung profitieren zusätzlich von der qualitativ ausgezeichneten Ausbildung zum bzw. zur Fachangestellten für Markt- und Sozialforschung (FAMS)“, so die Leiterin der Abteilung B weiter. Sie dankte insbesondere Professor Dr. Frank Faulbaum, dem Vorstandsvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute (ASI), für die Bereitschaft, die Moderation der zweitägigen Veranstaltung sowie das Eröffnungsreferat zum Thema „Battle of talents“ zu übernehmen.

Prof. Faulbaum führte aus, dass sich der Wettbewerb der Talente in Richtung eines Wettbewerbs der Ausbildungsgänge, der Hochschulen und damit der Qualität der Abschlüsse verschiebe. In den Ausbildungsgängen sollten die Aspekte der technologischen Entwicklungen, wachsender Internationalisierung und Interkulturalität nicht vergessen werden.

Die inzwischen elfte wissenschaftliche Tagung informierte über verschiedenste Aspekte dieser neuen Entwicklungen und wurde vom Statistischen Bundesamt zusammen mit dem [Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. \(ADM\)](#) und der [Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. \(ASI\)](#) veranstaltet.

Die etablierte Reihe gemeinsamer wissenschaftlicher Tagungen beleuchtet Themen, die für Marktforschung, Sozialwissenschaften und amtliche Statistik gleichermaßen von Interesse sind. Sie bildet eine Basis für einen intensiven, persönlichen Informations- und Erfahrungsaustausch aller Beteiligten.

Aus dem Statistischen Bundesamt waren Sabine Köhler und Christian Bertram (Referat A 203 „Aus- und Fortbildung“) mit dem Vortrag „Fortbildung in der amtlichen Statistik“ beteiligt.

Das Programm und die Kurzfassungen der Referate sowie Informationen zu den Vortragenden finden Sie im [Internet-Veranstaltungskalender unter destatis.de](#). Der Tagungsband mit den Langfassungen der Beiträge wird im Rahmen der ASI-Schriftenreihe im Springer-VS-Verlag in gedruckter Fassung und als E-Book erscheinen.



Erster Bürgerdialog „Gut Leben“ der Bundesregierung

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel diskutierte am 1. Juni 2015 in einer ersten von insgesamt vier Veranstaltungen in Berlin mit rund 60 Bürgerinnen und Bürgern über deren Vorstellungen und Wünsche für ein gutes Leben.

Diese Veranstaltung war gleichzeitig Auftakt einer Reihe von Diskussionsveranstaltungen von Mitgliedern der Bundesregierung mit der Bevölkerung zur Regierungsinitiative „Gut leben in Deutschland – Was uns wichtig ist?“

Vorrangig wurden Themen aus den Bereichen soziale Sicherung, Gesundheit und Ausbildung diskutiert. Diese Aspekte fließen in die Ergebnisse der insgesamt rund 150 Bürgerdialoge und Online-Kommentare ein.

Aus den gewonnenen Erkenntnissen sollen neue Indikatoren für Lebensqualität resultieren, an denen sich die Bundesregierung künftig orientieren will. Das Statistische Bundesamt wird diesen Prozess beratend begleiten. Der Bürgerdialog ist Teil der Regierungsstrategie und knüpft an den Bürgerdialog der Bundeskanzlerin über Deutschlands Zukunft und an den Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ des Deutschen Bundestages an.

Deutsche Bundesbank informiert sich zur automatisierten Bearbeitung von Außenhandelsmeldungen

Am 28. April 2015 besuchten Vertreterinnen und Vertreter der Deutschen Bundesbank aus der Abteilung „Zahlungsbilanzstatistik, Auslandsvermögensstatus“ das Statistische Bundesamt, um sich über eingesetzte Werkzeuge und Verfahren sowie über den Ablauf von Produktions- und Betriebsprozessen im Rahmen der Online-Meldeverarbeitung im Außenhandel zu informieren. Der Fachbereich der Bundesbank strebt ein integriertes System zur Bearbeitung von außenwirtschaftlichen Transaktions- und Bestandsmeldungen an.

Die Gruppe C 3 „IT-Unterstützung des Geschäftsprozesses“ erläuterte den Gästen das Onlinemeldeverfahren IDEV (Internet Datenerhebung im Verbund), die Möglichkeiten der Formulargestaltung und das Plausibilisierungswerkzeug „PL-Editor“ mit seinen Leistungsmerkmalen. Mit einer Live-Vorführung zur Übernahme der Onlinemeldungen via IDEV und der Bereitstellung zur Weiterverarbeitung wurde dieses Themenpaket abgeschlossen.

Außerdem wurden die eingesetzte IT-Infrastruktur sowie die Systemarchitektur der Produktionsumgebung des Außenhandels vorgestellt. Einen Überblick über die Zielsetzung für den Einsatz, die Arbeitsweise und Nutzung des automatisierten Produktionssystems aus der Fachanwendersicht wurden gegeben. Mit der Vorstellung wesentlicher Module wurde ein Einblick in die komplexen Abläufe der Produktions- und Betriebsprozesse des Außenhandels gegeben. Das Gespräch fand in einer offenen und kollegialen Atmosphäre statt.



KAZSTAT-Projekt: Amtsleitertreffen in Astana und kasachische Gäste im Statistischen Bundesamt

Am 16. Juni 2015 fand das inzwischen vierte Planungstreffen auf Leitungsebene im Kasachstan-Projekt statt. Präsident Roderich Egeler besuchte das kasachische Statistikamt CS in Astana zum Austausch über die erzielten Fortschritte und die Planung der noch ausstehenden Projektmaßnahmen. Seit Beginn 2015 haben schon 44 deutsche und internationale Expertinnen und Experten Einsätze in Astana absolviert.



Pressekonferenz in Astana (von links): Mustafa Dinc, Weltbank, Alikhan Smailov, Leiter CS; Roderich Egeler; Evgenia Arkhipova, Dolmetscherin.

Gleichzeitig konnte eine Reihe von kasachischen Delegationen in Deutschland begrüßt werden. Den Auftakt machte vom 23. bis 27. Februar ein Preisstatistik-Team, das von der Expertise seiner deutschen Kolleginnen und Kollegen zu den Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen profitierte. Dabei erhielt es auch nützliche Informationen zu Erzeugerpreisindizes für die Dienstleistungsbereiche „Rechts- und Steuerberatung/Wirtschaftsprüfung“ und „Architektur-/Ingenieurdienstleistungen“ (NACE Rev. 2 69 und 71). Das kasachische Statistikamt möchte diese Erzeugerpreisindizes ebenfalls einführen.

Der zweite Studienbesuch fand vom 14. bis 17. April in Wiesbaden statt. Unter der Leitung des Vizepräsidenten des kasachischen Komitees für Statistik, Bakhytbek Im-analyev, informierten sich sieben Gäste aus dem Zentralamt sowie verschiedenen Regionalämtern über das Thema Aus- und Fortbildung. Ziel dieses Studienbesuchs war es, der kasachischen Seite bei der Erstellung einer Fortbildungsstrategie behilflich zu sein. Auf besonderes Interesse stießen die Ausführungen zum e-Learning, das in der künftigen Fortbildung in Kasachstan eine wichtige Rolle spielen wird.

Im Mai fanden sich dann vier kasachische Beschäftigte im Statistischen Bundesamt ein, um eine praktische Übungswoche zum Thema „R-Software in Stichprobenerhebungen“ zu absolvieren. Am Ende dieses Studienbesuches stellten die kasachischen Gäste fest, dass diese Software nur durch die Empfehlungen der Experten im KAZSTAT-Projekt zum Einsatz gekommen sei und so großer fachlicher Nutzen bei gleichzeitiger Schonung der Ressourcen erzielt worden sei.



Die Reihe von Studienbesuchen im ersten Halbjahr endete schließlich mit einem zweitägigen Besuch am 18. und 19. Juni zum Einsatz von Automatisierungstechniken bei der Preiserhebung.

Die Vorbereitungen für weitere Studienbesuche laufen bereits und umfassen die Bereiche Dienstleistungsstatistik (in Bonn), Außenhandel und Stichprobenermittlung.

Besuch von mongolischen Parlamentariern im i-Punkt Berlin



Mongolische Parlamentarier sowie Vertreterinnen und Vertreter des mongolischen Statistikamtes zusammen mit Roderich Egeler, Bernd Störtzbach und Kay Sommer.

Am 24. März 2015 besuchten mongolische Parlamentarier unter Begleitung des Präsidenten des mongolischen Statistikamtes und eines Vertreters der mongolischen Botschaft in Berlin den i-Punkt. Der Besuch war Teil einer Studienreise zu den Themen „Das System der amtlichen Statistik“ und „Grundsatzfragen des Statistikrechts am Beispiel Deutschland, Norwegen und Finnland“.

Auf Wunsch der Delegation stellte Präsident Roderich Egeler das Statistische Bundesamt und das System der amtlichen Statistik in Deutschland vor. Kay Sommer (Referat B 106 „Grundsatzfragen des Statistikrechts“) erläuterte Grundsatzfragen des deutschen Statistikrechts und das deutsche Gesetzgebungsverfahren und diskutierte diese Themen im Hinblick auf die Fortentwicklung des Statistikgesetzes in der Mongolei.

Im Anschluss besuchte die Delegation den Deutschen Bundestag und tauschte sich mit Abgeordneten der Deutsch-Zentralasiatischen Parlamentariergruppe unter Leitung von Manfred Grund (Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) über verschiedene Aspekte der deutsch-mongolischen Zusammenarbeit aus.



Amtsleiter des Schweizer Bundesamtes für Statistik zu Besuch in Wiesbaden

Am 22. Mai 2015 fand in Wiesbaden der Besuch des Schweizer Direktors des Bundesamtes für Statistik (BFS), Prof. Dr. Georges-Simon Ulrich, und seiner Delegation bei Präsident Roderich Egeler statt. Das Treffen diente dem fachlichen Austausch zu einem breiten Themenspektrum. Es bestand insbesondere Diskussionsbedarf zu grundlegenden Fragen der Steuerung und Organisation und zu Fragen der Kommunikation.



Von links: Benjamin Rothen, Prof. Dr. Georges-Simon Ulrich, Markus Schwyn, Catherine Duttweiler, Roderich Egeler.

Roderich Egeler führte in die Struktur und Organisation des Statistischen Bundesamtes ein. Prof. Dr. Ulrich merkte in seinem sich anschließenden Vortrag an, dass die Fragen an die amtliche Statistik zunehmend einen interdisziplinären Charakter aufweisen. Es entspann sich eine lebhafte Diskussion darüber, wie die amtliche Statistik in der Schweiz und in Deutschland diesen transversalen Fragen begegnen kann.

Beim Thema „Interne Steuerung – Unser Qualitätsmanagement“ stellte Jürgen Chlumsky (Leiter der Abteilung A „Verwaltung, Bürokratiekostenmessung“) die wichtigsten Instrumente der internen Steuerung vor. Der Vortrag stieß auf großes Interesse der Schweizer Delegation. In der anschließenden Diskussion wurden Parallelen beider Ämter diskutiert.

Danach legte Doris Stärk (Leiterin der Gruppe B 3 „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Veröffentlichungen, Online Dienste“) zu dem Tagesordnungspunkt „Externe Kommunikation im Statistischen Bundesamt“ in einer Onlinepräsentation das Webangebot des Statistischen Bundesamtes dar. Im Austausch stand im Vordergrund, wie unterschiedlich die Kommunikation von Destatis und BFS aufgestellt ist.

Bernd Störtzbach (Leiter der Gruppe B 1 „Planung und Koordinierung, Internationale Kooperation“) präsentierte die Aktivitäten und Finanzierungsmöglichkeiten des Statistischen Bundesamtes in der „Technischen Kooperation“. Die Schweizer Gäste waren vor allem an der Zusammenarbeit mit Kasachstan und Russland interessiert.

Schließlich informierte der Schweizer Kollege Benjamin Rothen über das Schweizer Engagement im Prozess der Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDG) der Vereinten Nationen. Das BFS ist schon länger in dem Prozess aktiv und gilt als Impulsgeber. Eine verstärkte Zusammenarbeit der beiden Ämter in diesem Feld ist vereinbart worden.



Vorstellung der Initiative „amtlich einfach - Staat der kurzen Wege“



Präsident Roderich Egeler und Staatsminister Dr. Helge Braun

Am 23. April 2015 stellte Präsident Roderich Egeler Vorgehensweise und erste vorläufige Ergebnisse der Befragung von Bürgerinnen und Bürgern zu ihrer Zufriedenheit mit behördlichen Dienstleistungen in der Bundespressekonferenz vor. Zudem präsentierte der Staatsminister bei der Bundeskanzlerin, Dr. Helge Braun, den Jahresbericht „Bessere Rechtsetzung 2014: Amtlich – einfach – spürbar“ der Bundesregierung.

In ihrem Arbeitsprogramm „Bessere Rechtsetzung 2014“ am 4. Juni 2014 hat

die Bundesregierung das Statistische Bundesamt damit beauftragt, regelmäßig Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu befragen, wie sie innerhalb bestimmter Lebenslagen den Kontakt und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung wahrnehmen. Aus den Ergebnissen der Befragung sollen Ansatzpunkte für weitere Bürokratieabbaumaßnahmen abgeleitet und insbesondere die Spürbarkeit von Entlastungsmaßnahmen erhöht werden.

Für die Durchführung der telefonischen Interviews wurde im Rahmen einer Ausschreibung TNS Infratest Sozialforschung ausgewählt, die von Januar bis März 2015 über 5 600 Bürgerinnen und Bürger zu 7 250 individuellen Lebenssituationen befragten. Zurzeit läuft die entsprechende Befragung der Unternehmen. Bis Ende Juni sollen rund 1 900 Interviews geführt werden.

Für die Begleitung der Initiative und Verbreitung der Befragungsergebnisse wurde eine eigene Webseite www.amtlich-einfach.de entwickelt, deren Pflege im Zuständigkeitsbereich der Gruppe A 3 „Bürokratiekostenmessung“ des Statistischen Bundesamtes liegt.



Hintergrundgespräch „Warenhandel und Dienstleistungsverkehr Deutschlands mit dem Ausland“

Der i-Punkt Berlin beobachtet seit Jahren ein wachsendes Interesse der Hauptstadt-öffentlichkeit an Außenwirtschaftsdaten, das sich in einer steigenden Zahl von Anfragen zu diesem Themenbereich niederschlägt. Vor dem Hintergrund der hohen Relevanz von außenwirtschaftlichen Themen in der politischen Diskussion (z. B. Diskussion der deutschen Handelsbilanzüberschüsse durch die EU-Kommission, Verhandlungen zum Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen TTIP) sowie methodischer Weiterentwicklungen zur Messung grenzüberschreitender Warenströme (Stichwort: Darstellung vorleistungsfreier Wertschöpfungsketten im Außenhandel) hatte der i-Punkt Berlin am 20. März 2015 zu einem interdisziplinären Hintergrundgespräch eingeladen.

An der Veranstaltung mit dem Titel „Warenhandel und Dienstleistungsverkehr Deutschlands mit dem Ausland“ im Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) in Berlin nahmen mehr als 60 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Wirtschaft teil. Nach der Begrüßung durch Felix Neugart, Bereichsleiter Außenwirtschaftspolitik und -recht im DIHK, führte Vizepräsident Dieter Sarreither, der die Veranstaltung auch moderierte, in die Thematik ein.

„Aktuelle Trends des grenzüberschreitenden Warenhandels“ war das Thema des ersten Vortrags von Albrecht Krockow (Referat G 301 „Methoden, Rechtsfragen, Veröffentlichungen, Internationale Zusammenarbeit“), dem sich eine lebhafte Diskussion über Deutschlands Rolle im internationalen Warenhandel anschloss. Im zweiten Vortrag beleuchteten Jens Walter und Simon Lohner von der Deutschen Bundesbank (Abteilung S 2 „Zahlungsbilanzstatistik, Auslandsvermögensstatus“) den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. Insbesondere die auch methodischen Unterschiede zwischen Waren- und Dienstleistungshandel wurden intensiv diskutiert.

Nach einer kurzen Pause analysierten Susanne Alber (Referat D 201 „Finanzielle Kapitalgesellschaften, Übrige Welt, Finanzierungsrechnung“) und Liane Ritter (Referat D 109 „Preis- und Volumenmessung, Außenwirtschaftliche Verflechtung, Input-Output-Analysen“) den grenzüberschreitenden Handel aus Sicht der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Hier lag der Fokus auf der Bedeutung der Außenwirtschaft für die gesamte Volkswirtschaft und ihrem Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt.

Auch die Bedeutung der Exporte für den deutschen Arbeitsmarkt sowie der Importe für die deutsche Wirtschaft und die Messung vorleistungsfreier Wertschöpfungsketten im grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr durch die OECD/WTO wurden thematisiert.



Globalkonferenz zur G-20 Initiative „Data Gaps“

Im Rahmen der „Datenlücke-Initiative“ der G-20-Staaten (Data Gap Initiative, DGI) veranstalteten der Internationale Währungsfonds (IWF) und der internationale Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board, FSB) am 16. und 17. Juni 2015 in Washington, D.C., eine Globalkonferenz. Geleitet wurde die Veranstaltung von Louis Marc Ducharme (IWF) und Pietro Franchini (FSB). Deutschland war vertreten durch Irmtraud Beuerlein, Leiterin der Abteilung D „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Preise“ im Statistischen Bundesamt sowie Moritz Buchwald (Bundesministerium der Finanzen) und Robert Kirchner (Deutsche Bundesbank).

Im Jahr 2009 hatten die G20-Staaten die DGI ins Leben gerufen, um statistische Informationsdefizite, die im Zusammenhang mit der Finanzkrise zutage getreten waren, zu identifizieren und Empfehlungen zur Beseitigung dieser Defizite zu formulieren. Die daraufhin entwickelten 20 Empfehlungen beziehen sich auf die Themen „Risiken im Finanzsektor“, „grenzüberschreitende Finanzverflechtungen“, „Verwundbarkeit nationaler Ökonomien“ sowie „Kommunikation amtlicher Statistiken“. Die erste Phase der DGI wurde im Herbst 2014 als abgeschlossen erachtet; die Globalkonferenz 2015 sollte die zweite Phase starten und entsprechende Empfehlungen erörtern und abstimmen.

Zur Vorbereitung der Diskussion dienten die Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Ottawa, Ankara, London und Tokio, die in den letzten Monaten stattgefunden haben. An der Globalkonferenz nahmen mehr als 70 Vertreter aus den G20-Staaten (Zentralbanken, Statistische Ämter, Finanzministerien) sowie Vertreter der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der OECD, der Weltbank sowie der EZB und von Eurostat teil. Außerdem waren Vertreter aus Nicht-G20-Staaten, die einen systemisch relevanten Finanzsektor haben, erstmals eingeladen.

Die seit 2009 erreichten Fortschritte wurden in der Konferenz generell als bedeutend bewertet. Es gibt aber noch viele Bereiche mit Datenlücken, die weiter zu verfolgen sind, u. a. fehlen weiterhin international vergleichbare Daten über die Staatsfinanzen (Defizit und Schuldenstand). Die Konferenz einigte sich auf 20 spezifische Empfehlungen für die zweite Phase. Es handelt sich zum großen Teil um eine Fortführung der bisherigen Empfehlungen, wenn auch mit neuen Akzenten und einigen Ausweitungen. Einige neue Elemente wurden aufgenommen, u. a. Daten über Derivate und Auslandsdirektinvestitionen sowie eine Verbesserung des Datenaustauschs bezüglich Mikrodaten. Eine besondere Bedeutung kommt den Sektorkonten (Transaktionen und Vermögensbilanzen) als übergreifendem Rahmenwerk der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mit zahlreichen Bezügen zu anderen Empfehlungen zu. Auch im Bereich der Immobilienpreise sind weitere Anstrengungen erforderlich, um die G-20 Empfehlungen zu erfüllen.

Die Diskussionsergebnisse (key messages) wurden in der Abschlussrunde festgehalten. Sie werden in einen Bericht münden, der den Finanzministern und Notenbankgouverneuren der G20-Staaten im September 2015 zur Billigung vorgelegt wird.

Jahresbericht 2014



„Statistisches Denken ist nicht genug ausgeprägt, darüber gibt es keinen Zweifel“, so der diesjährige Interviewpartner Professor Gerd Gigerenzer im neu erschienenen Jahresbericht des Statistischen Bundesamtes. Professor Gigerenzer – Direktor des Max-Planck-Institutes für Bildungsforschung – zeigt, wie Patienten, Mediziner oder Planer mit statistischen Informationen, deren Nutzen und Risiken umgehen.

Marlene Mortler, Drogenbeauftragte der Bundesregierung, gibt außerdem einen Einblick, wo aus ihrer Perspektive ein Datenbedarf zur Planung und Prävention besteht. Der [Jahresbericht 2014](#) skizziert die Tätigkeiten des Statistischen Bundesamtes zum Schwerpunktthema Gesundheit und gibt

einen Überblick über das umfangreiche Datenangebot.

Strategie- und Programmplan 2015 – 2019

Der aktuelle [Strategie- und Programmplan 2015 – 2019](#) bietet Statistiknutzerinnen und -nutzern sowie allen Interessierten einen umfangreichen Überblick über das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik. Er beschreibt das System der Bundesstatistik in kompakter Form und geht auf aktuelle Entwicklungen im Europäischen Statistischen System (ESS) ein, beispielsweise die gemeinsame Modernisierungsstrategie „ESS Vision 2020“ und ihre Implementierung. Ergänzend dazu stellt er die aktualisierte Strategie (Handlungsfelder und Ziele) des Statistischen Bundesamtes dar und umfasst das Arbeitsprogramm sowie die Kosten für jeden Produktbereich.

Die zehnte Fassung lässt sich elektronisch im Internet herunterladen oder kann als gedruckte Ausgabe beim Statistischen Bundesamt angefordert werden.

Broschüre zum G7-Gipfel



G7 IN ZAHLEN

Gipfel der G7-Staaten in Elmau 2015



Statistisches Bundesamt



Am 7. und 8. Juni 2015 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der G7 (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Japan, USA) auf Schloss Elmau in Bayern. Als überstaatliche Organisation nahm auch die EU an dem Treffen teil.

Neben Fragen der Weltwirtschaft, der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik berieten die

Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel auch über die 2015 anstehenden UN-Konferenzen zum internationalen Klimaschutz und zur Post 2015-Agenda.

Politische Entscheidungen verlangen fundierte Daten. Das Statistische Bundesamt hat zum G7-Gipfel die [Broschüre „G7 in Zahlen“](#) herausgegeben.

Europe in Figures: Webangebot jetzt komplett in Englisch

„Europa in Zahlen“, die Europaseite des Statistischen Bundesamtes, ist ab sofort auch in vollem Umfang in englischer Sprache verfügbar. Wie gewohnt finden die Nutzerinnen und Nutzer Daten nach Thema oder Staat, alle aktuellen Eurostat-Veröffentlichungen und Pressemitteilungen sowie Informationen zum Europäischen Statistischen System (ESS).

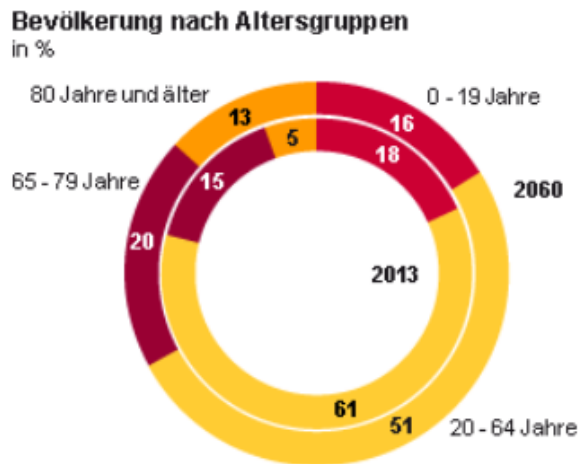
Aktuelle Meldungen zeigen auf, wo Deutschland im EU-Vergleich steht – ob beim Mindestlohn, beim staatlichen Haushaltssaldo oder bei Themen wie Ökolandbau und Energieimporte. Das Angebot ist direkt unter www.destatis.de/europa zu erreichen.

OECD360: Deutschland 2015

Mit der neuen Berichtsreihe OECD360 bietet die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) einen Rundblick über ihre Arbeit und stellt Bezüge zu einzelnen Mitgliedstaaten her. Als eines der ersten Hefte in der neuen Serie ist die Ausgabe für Deutschland 2015 erschienen. Sie zeigt, wo sich Deutschland im Verhältnis zu anderen OECD-Ländern befindet. Dazu wird ein Blick auf Wirtschaft, Gesellschaft, das persönliche Wohl, Entwicklungspolitik, Landwirtschaft, Beschäftigung, aber auch Bildung und Regionales geworfen. Das optisch ansprechend gestaltete Heft enthält neben Zusammenfassungen wichtiger analytischer Berichte der OECD auch leicht verständliche Infografiken. Die Online-Fassung ist frei verfügbar: www.oecd360.org/germany..



Neue Bevölkerungsvorausberechnung bis 2060



2060: 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung;
Variante 1: Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung.
© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2015

Ein Bevölkerungsrückgang ist in Deutschland auf lange Sicht unvermeidbar. Denn die Zahl der Gestorbenen wird die Zahl der Geborenen immer stärker übersteigen. Diese Lücke kann nicht auf Dauer durch den positiven Saldo aus Zuzügen nach und Fortzügen aus Deutschland geschlossen werden. „Die Bevölkerungszahl von 80,8 Millionen Menschen im Jahr 2013 wird je nach Ausmaß der angenommenen Nettozuwanderung voraussichtlich noch 5 bis 7 Jahre steigen und anschließend abnehmen“, sagte Roderich Egeler,

Präsident des Statistischen Bundesamtes (Destatis), im Rahmen der Pressekonferenz zur 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. „Unter den Stand von 2013 sinkt sie frühestens 2023. Im Jahr 2060 wird die Einwohnerzahl 67,6 Millionen bei schwächerer Zuwanderung und 73,1 Millionen bei stärkerer Zuwanderung betragen.“

Langfristige Bevölkerungsvorausberechnungen sind allerdings keine Prognosen. Sie liefern „Wenn-Dann-Aussagen“ und zeigen, wie sich die Bevölkerung und deren Struktur unter bestimmten Annahmen verändern würden. Den hier dargestellten Ergebnissen liegen zwei von insgesamt acht Varianten der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung zugrunde. Diese Varianten beschreiben die Entwicklung bis 2060 unter den Annahmen einer durchschnittlichen jährlichen Geburtenrate von 1,4 Kindern je Frau bei einem steigenden durchschnittlichen Alter der Frau bei der Geburt des Kindes, eines Anstiegs der Lebenserwartung um 7 Jahre (Männer) beziehungsweise 6 Jahre (Frauen) und unter zwei unterschiedlichen Wanderungsannahmen. Die erste Wanderungsannahme geht von einem Abflachen der anfangs sehr hohen jährlichen Nettozuwanderung von 500 000 auf 100 000 Personen innerhalb von 6 Jahren bis zum Jahr 2021 aus. Anschließend bleibt der Wanderungssaldo bei 100 000 Personen pro Jahr. Im zweiten Szenario wird angenommen, dass der jährliche Wanderungssaldo bis zum Jahr 2021 auf 200 000 Personen sinken und sich dann auf diesem Niveau verfestigen wird. In allen Unterlagen zur Pressekonferenz sowie im Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes werden diese Varianten als „Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung“ (Variante 1) und „Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung“ (Variante 2) bezeichnet.

Diese und weitere Ergebnisse stehen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de im Themenbereich [Bevölkerungsvorausberechnung](#) zur Verfügung. Eine [animierte Bevölkerungspyramide](#) für mehrere Varianten sowie [Erläuterungen zur Statistik](#) ergänzen das Angebot. Detaillierte Informationen zu den Annahmen und Ergebnissen der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung stehen in der Publikation [„Bevölkerung Deutschlands bis 2060“](#) zur Verfügung.



Online-Atlas mit Zensusergebnissen auf Gitterebene

Bislang standen Informationen aus dem Zensus 2011 zum Alter der Bevölkerung, zur Staatsangehörigkeit oder zu den Wohnverhältnissen nur für administrative Einheiten, das heißt für Bund, Länder, Kreise und Kommunen zur Verfügung. Jetzt kommt zu diesen administrativen Abgrenzungen noch eine neue Auswertungsebene hinzu, die Einteilung Deutschlands in Quadrate von 1 Kilometer mal 1 Kilometer, sogenannte „geografische Gitterzellen“.

Im April 2015 ist diese neue Auswertungsebene für die Ergebnisse des Zensus 2011 freigeschaltet worden. Als erste kartografische Anwendung dieser Auswertungsebene für Zensusergebnisse haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder einen interaktiven Zensusatlas mit Ergebnissen zu Bevölkerung und Wohnen auf Basis eines 1-Kilometer-Gitters im Internet veröffentlicht. Damit wird eine bessere kleinräumige Vergleichbarkeit geschaffen, weil das Gitter – im Gegensatz zur bisherigen kleinräumigen Einheit „Blockseite“ – Deutschland lückenlos abdeckt und unabhängig von der Siedlungsstruktur eine neutrale Bezugsgröße darstellt. Gerade für kleinräumige Planungszwecke an der Grenze von Stadt und Umland ergibt sich hiermit eine detaillierte Informationsgrundlage.

Im Atlas lassen sich verschiedene Ebenen wie etwa Flüsse, Autobahnen oder eine Hintergrundkarte zur besseren Orientierung einblenden. Neben der üblichen Bedienung einer Kartenanwendung im Internet können sich interessierte Nutzerinnen und Nutzer die Karten in ihr eigenes Geografisches Informationssystem (GIS) als „Web Map Service“ (WMS) einbinden.

Den Online-Atlas ist erreichbar unter: www.atlas.zensus2011.de

Unter www.zensus2011.de können die dem Atlas zugrunde liegenden Daten heruntergeladen werden. Zusätzlich stehen dort die Bevölkerungszahlen für ganz Deutschland auf Basis eines 100 Meter-Gitters zum Download bereit.

Lebenserwartung für Jungen knapp 78 Jahre, für Mädchen rund 83 Jahre

Nach der allgemeinen Sterbetafel 2010/2012 für Deutschland beträgt die Lebenserwartung für neugeborene Jungen 77 Jahre und 9 Monate und für neugeborene Mädchen 82 Jahre und 10 Monate. Daraus ergibt sich für 65-jährige Männer eine noch verbleibende Lebenserwartung – die sogenannte fernere Lebenserwartung – von 17 Jahren und 6 Monaten. 65-jährige Frauen können statistisch gesehen mit weiteren 20 Jahren und 9 Monaten rechnen.

Diesen Ergebnissen liegen die aktuellen und auf Basis des Zensus 2011 berechneten Sterblichkeitsverhältnisse zugrunde. Im kurzfristigen Vergleich zur vorherigen Sterbetafel 2009/2011, bei der der Zensus noch nicht berücksichtigt wurde, ist die Lebenserwartung 2010/2012 bei neugeborenen Jungen und 65-jährigen Männern unverändert geblieben, bei neugeborenen Mädchen und 65-jährigen Frauen hat sie um etwa 1 Monat zugenommen. Ohne die Verwendung der Zensusergebnisse wäre die Lebenserwartung zwischen den beiden Sterbetafeln bei den Frauen deutlicher angewachsen und bei den Männern ebenfalls angestiegen. Dieser Anstieg wurde aber durch die Umstellung auf zensusbasierte Ergebnisse nahezu kompensiert.



Allgemeine Sterbetafeln für 2010/2012 wurden nach einheitlicher Methodik auch für die 16 Bundesländer sowie in der Einteilung nach früherem Bundesgebiet (ohne Berlin-West) und den neuen Ländern (ohne Berlin-Ost) berechnet. Auf der Ebene der einzelnen Bundesländer haben nach den Ergebnissen der allgemeinen Sterbetafeln 2010/2012 Männer in Baden-Württemberg mit genau 79 Jahren und dort lebende Frauen mit 83 Jahren und 8 Monaten jeweils die höchste Lebenserwartung bei Geburt. Die niedrigsten Werte weisen mit 75 Jahren und 10 Monaten Männer in Sachsen-Anhalt und mit 81 Jahren und 11 Monaten Frauen im Saarland auf.

Diese Ergebnisse sowie die methodischen Erläuterungen stehen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de im Themenbereich [Sterbefälle, Lebenserwartungen](#) vor.

Basisdaten zur Statistik der Sterbetafel können über die [Tabelle Sterbetafel nach Geschlecht und vollendetes Alter \(12621-0001\)](#) in der Datenbank GENESIS-Online abgerufen werden.

Mikrozensus-Workshop 2015

Zum Thema „Der Mikrozensus als Datenquelle für die empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung: Einführung in die Arbeitsmarktanalyse und das Arbeiten mit den Daten“ veranstaltet Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (GESIS) in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt am 24. und 25. September 2015 in Mannheim einen Workshop. Der Mikrozensus als größte laufende Haushaltsstichprobe in Deutschland steht der Wissenschaft unter anderem als 70 %-Substichprobe (Scientific-Use-File) für Forschungsvorhaben zur Verfügung. Der Schwerpunkt des Fragenprogramms liegt auf soziodemografischen, sozioökonomischen und erwerbsstatistischen Merkmalen. Die Veranstaltung soll grundlegende Kenntnisse in Bezug auf das Arbeiten mit den Daten sowie einen Überblick über die Besonderheiten und Analysemöglichkeiten des Mikrozensus vermitteln. Im Zentrum stehen Fragen der Arbeitsmarktanalyse. Am ersten Tag werden Fachvorträge über die Konzeption, das Erhebungsdesign und Themenschwerpunkte des Mikrozensus angeboten. Darauf aufbauend werden diese Themen am zweiten Tag in praktischen Übungen vertiefend behandelt. Dabei werden die Statistik-Programme SPSS und Stata verwendet. Anmeldungen sind bis Ende August möglich: www.gesis.org.



EU-Workshop „Index der Dienstleistungsproduktion“

Die geplante Rahmenverordnung „Framework Regulation Integrating Business Statistics“ (FRIBS) soll – voraussichtlich ab 2018 – die Unternehmensstatistiken in der EU harmonisieren und integrieren (vgl. TOP 10 der 62. Tagung des Statistischen Beirats vom 24. Juni 2015). Ein Eurostat-Workshop am 8. und 9. Juni 2015 in Luxemburg befasste sich speziell mit der Vorbereitung der Konjunkturstatistiken im Dienstleistungsbereich auf die FRIBS. Das Treffen sollte vor allem über den Stand verschiedener EU-geförderter Projekte zur Berechnung von Indizes im Dienstleistungssektor informieren. Das Statistische Bundesamt war vertreten durch Johanna von Borstel (Referat D 305 „Preise für Dienstleistungen“) und Dr. Sebastian Metzl (E 307, „Dienstleistungen“).

Vorgestellt und diskutiert wurden Zwischenberichte zur Entwicklung von

- Großhandelspreisindizes (WPI)
- Monatlichen Umsatzindizes im Dienstleistungsbereich
- Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen (SPPI)

Die Niederlande stellten eine Präsentation mit Ergebnissen zu Großhandelspreisindizes vor, bei denen Zahlen vom Statistischen Bundesamt genutzt wurden. Verbraucherpreise, Großhandelspreise und Erzeugerpreise wurden hierbei verglichen. Die deutschen Daten wurden dabei insbesondere deshalb als Beispiel herangezogen, weil Deutschland eines der wenigen Länder mit Preisinformationen zu allen drei Bereichen ist. Großhandelspreisindizes werden nur in sehr wenigen Ländern berechnet und stellen für viele statistische Ämter eine große Herausforderung dar. Fehlen eigene Großhandelspreisindizes, wird die Deflationierung des Großhandels mit vorhandenen Erzeuger- und Verbraucherpreisen favorisiert.

Das Statistische Bundesamt präsentierte einen Zwischenbericht über die Erstellung eines monatlichen Umsatzindex im Dienstleistungsbereich. Die bisherigen Ergebnisse zu den unterschiedlichen Alternativen zur Berechnung eines solchen Index wurden erläutert. Bisher berechnet das Statistische Bundesamt nur Quartalszahlen.

Die Probleme bei Erstellung von monatlichen Umsatzindizes sind in den verschiedenen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. Die Nutzung von Verwaltungsdaten wird dabei verstärkt diskutiert. Ein Problem in vielen Mitgliedstaaten ist die Unvollständigkeit der Verwaltungsdaten. Sowohl die Periodizität der Daten als auch die Lieferfristen der Ergebnisse sind hier kritisch. In Italien tritt als Problem hinzu, dass nur der Differenzbetrag zwischen der zu zahlenden Umsatzsteuer und der Vorsteuer verfügbar ist. In Deutschland steht hingegen die Qualität der vorhandenen Daten im Vordergrund.

Der Workshop diente auch als Plattform, Zwischenergebnisse bei der Entwicklung neuer Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen vorzustellen. Die Erzeugerpreisindizes decken in den meisten europäischen Ländern nicht alle Dienstleistungsbereiche ab. Einige Wirtschaftszweige im Dienstleistungsbereich haben besondere Eigenschaften, die eine Erhebung von Erzeugerpreisen erschweren. In manchen Einzelfällen wird daher diskutiert, ersatzweise Verbraucherpreise oder andere Datenquellen zu nutzen. Dieser Ansatz wurde auf dem Workshop bei geeigneten Wirtschaftsbereichen wie etwa im Wirtschaftszweig 60 (Rundfunkveranstalter) ausführlich geprüft.

Die Grenzen dieses Ansatzes wurden allerdings beim sehr umsatzstarken Wirtschaftszweig 68 (Grundstücks- und Wohnungswesen) deutlich. Einigen Länder entschieden sich, eine reguläre Preiserhebung aufzubauen (z. B. Spanien) oder externe Preisinformationen zu verwenden (z. B. Finnland, Niederlande). Das Statistische Bundesamt berechnet für diesen auch in Deutschland bedeutenden Wirtschaftszweig keinen Erzeugerpreisindex, daher war der Erfahrungsaustausch besonders aufschlussreich.



50. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ traf sich am 6. und 7. Mai in Stuttgart zu seiner 50. Tagung. Er beschloss die Gründung einer neuen Arbeitsgruppe „Qualität“ unter dem Vorsitz des Hessischen Statistischen Landesamtes. Die AG „Qualität“ wird sich mit Qualitätsfragen im Rahmen der Berechnung des Bruttoinlandsproduktes beziehungsweise der Bruttowertschöpfung sowie mit Kommunikationsstrategien befassen.

Die AG „Dienstleistungen“ wurde nach über zehn Jahren wertvoller Arbeit entlastet, da deren Arbeitsauftrag mit der Analyse und Integration der Ergebnisse der Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich (SiD) in die regionale VGR erfüllt war.

Im Dezember 2015 sind erstmals Ergebnisse der Bruttowertschöpfung auf NUTS 2-Ebene (Regierungsbezirke) bereits 12 Monate nach Ablauf des Berichtsjahres an Eurostat zu liefern. Der Arbeitskreis verständigte sich über die methodische und organisatorische Umsetzung dieser frühen BWS-Berechnung. Es bestand Konsens, dass es sich hierbei um geschätzte Ergebnisse handelt, die der Arbeitskreis nicht offensiv vermarkten wird.

Der Arbeitskreis verständigte sich darauf, auch im Rahmen der Revision 2014 mit der Umsetzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010) lange Zeitreihen bis 1991 bereitzustellen. Die Veröffentlichung der Ergebnisse für die Jahre 1991–1999 wird spätestens mit der Freigabe der aktuellen Ergebnisse zum Berechnungsstand August 2015 erfolgen.

Die 51. Tagung des Arbeitskreises wird vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ausgerichtet und am 4. und 5. November 2015 in Berlin stattfinden.

Arbeitsgruppe Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (NAWG)

Am 21./22. Mai 2015 tagte bei Eurostat in Luxemburg die Arbeitsgruppe Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (NAWG). Die in der Regel zweimal jährlich tagende NAWG behandelt alle in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) relevanten Fragestellungen auf europäischer Ebene und informiert über die Ergebnisse anderer Arbeitsgruppen. Außer den statistischen Ämtern der EU-Mitgliedstaaten und weiterer europäischer Länder nehmen auch die EZB, die OECD und die Generaldirektion ECFIN der EU-Kommission teil.

Im Mittelpunkt der jüngsten Sitzung standen erneut Folgearbeiten im Anschluss an die methodische Revision des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) sowie künftige Weiterentwicklungen. Den Vorsitz führten John Verrinder und Ani Todorowa (beide Eurostat), das Statistische Bundesamt war vertreten durch Dr. Norbert Räth (Leiter der Gruppe D 1 „Inlandsprodukt, Input-Output-Berechnung“).

Die Themen im Einzelnen:

Weiterentwicklung der VGR-Methodik („Towards ESA 202x“)

Die internationale Diskussion über die Weiterentwicklung der VGR-Methodik hat begonnen. Um früh europäische Belange einzubringen, wurde eine spezielle Arbeits-



gruppe (Task Force) eingerichtet (mit Beteiligung des Statistischen Bundesamtes). Einige Diskussionspunkte wurden angesprochen und dabei insbesondere die Notwendigkeit zur Praktikabilität der Konzepte betont. Die NAWG befürwortet eine Nutzerbefragung.

Außenhandel durch gebietsfremde Einheiten

Die Behandlung ausländischer Einheiten ohne physische Präsenz im Inland (nur Umsatzsteuernummer) stellt ein bisher noch nicht befriedigend gelöstes Problem dar. Für die methodischen Fragen wird der Entwurf eines Abschlussberichtes der Arbeitsgruppe (Task Force) „Foreign Trade reported by non-residents“ vorgelegt, an der das Statistische Bundesamt beteiligt war. Einige kleinere Mitgliedstaaten haben für die VGR bereits ausdrücklich Außenhandelsdaten korrigiert, in anderen Ländern (auch in Deutschland) muss das Problem weiter untersucht werden.

Behandlung von Rückbaukosten (insbes. Atomkraftwerke)

Die NAWG diskutiert die Behandlung von Rückbaukosten (decommissioning costs) in den VGR. Sie präferiert die vorgeschlagene pragmatische Lösung, diese Kosten bei ihrer tatsächlichen Ausgabe als Investitionen (mit Sofortabschreibung) nachzuweisen und nicht schon als zu schätzender Teil bei der Erstinvestition (z. B. bei Errichtung eines Kraftwerks). Allerdings gibt es hierzu noch keine klare Lösung, weil in anderen Arbeitsgruppen und auch innerhalb Eurostats teilweise kontroverse Meinungen vertreten werden und zudem die statistische Erfassung zu klären ist.

Preis- und Volumenmessung

Die Arbeitsgruppe begrüßt die Arbeiten einer speziellen Task Force zur Preis- und Volumenmessung in den VGR (mit Beteiligung des Statistischen Bundesamtes). Ziel ist insbesondere die Erarbeitung konkreter Empfehlungen zur Deflationierung schwieriger Sachverhalte (z. B. Lohnveredlung, Handelsmargen, Spiel-, Wett- und Lotteriewesen, Schiffe, Flugzeuge). Darüber hinaus sollen auch Fragen der Qualitätsbestimmung bei Nichtmarktproduktion behandelt werden (insbesondere Bildung und Gesundheit).

Besteuerung im Wohnungswesen

Vorgestellt werden Vorschläge zur Behandlung der Besteuerung im Wohnungswesen in den VGR (Nachweis bei Vermieter oder Mieter). In diesem Zusammenhang betont die Arbeitsgruppe die Notwendigkeit einer besseren Koordinierung innerhalb Eurostats, vor allem zwischen den Bereichen VGR und Staatsfinanzen. Aktuelles Beispiel für Koordinierungsbedarf ist hier die Behandlung der Beiträge zu Finanzierung der öffentlichen Rundfunkanstalten (als Steuer oder als Verkauf einer Dienstleistung).

Statistische Einheiten (Unternehmensstatistiken/VGR)

Die NAWG berät über einen ersten Vorschlag von Eurostat für die geplante gemeinsame Erklärung der Direktoren für VGR und Unternehmensstatistik bezüglich der Anwendung der EU-Einheitenverordnung. Dabei wird nochmals die Notwendigkeit betont, dass sich das Datenangebot für die VGR gegenüber dem Status quo nicht verschlechtern dürfe.

Finanzierungsrechnung

Die Finanzierungsrechnung als konzeptioneller Teil der VGR wurde bei Eurostat nunmehr auch organisatorisch in die VGR (Subdirektion C2) integriert. In vielen Mitgliedstaaten (auch in Deutschland) ist für die Finanzierungsrechnung aber die Zentralbank zuständig, was eine Koordinierung erforderlich macht. Künftig sollen Fragen der Finanzierungsrechnung in einer neuen „Task Force on annual financial accounts“ behandelt werden, die der Arbeitsgruppe National Accounts (NAWG) zugeordnet wird.



Berechnung von Supply-Use und Input-Output-Tabellen

Die Arbeitsgruppe diskutierte einen ersten Bericht über eine internationale Fragebogenaktion zur Berechnung von Supply-Use und Input-Output-Tabellen (SUIOT), die interessante Einblicke über die Art der Berechnung in den Mitgliedstaaten gibt.

Multinationale Input-Output-Tabellen

Eurostat berichtet über ein neues gemeinsames Projekt zur Berechnung multinationaler Input-Output-Tabellen, das zusammen mit dem Forschungszentrum (JRC) der Kommission durchgeführt wird. Es handelt sich hier um eine umfassende Aufarbeitung bereits vorliegender internationaler Arbeiten zur Berechnung von „Wertschöpfungsketten“ (value added chains). Außerdem präsentiert Eurostat zusammen mit dem JRC die Arbeiten zur Schätzung von Aufkommens- und Verwendungstabellen in Vorjahrespreisen für die EU und für die Eurozone.

Regionale VGR

Die NAWG nimmt den Bericht Eurostats über den Stand der Arbeiten zustimmend zur Kenntnis und unterstützt das geplante Prozedere für den Übergang auf die revidierten Konzepte des ESGV 2010 im Rahmen der regionalen VGR.

19. Konferenz „Messung der Preise“

Am 16. und 17. Juni fand in Schwerin die 19. Konferenz „Messung der Preise“ statt. Ausgerichtet wurde die Veranstaltung vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg und dem Statistischen Landesamt Mecklenburg-Vorpommern. Die Konferenz bietet jährlich eine Plattform für den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis zu Fragen der Preisstatistik. Teilgenommen haben Vertreterinnen und Vertreter der Statistischen Ämter der Länder, des Statistischen Bundesamtes, von Eurostat, der Europäischen Zentralbank, der Deutschen Bundesbank, des Sachverständigenrates für Wirtschaft sowie der Universitäten Rostock und Trier. Das Themenspektrum war in diesem Jahr breit gefächert und umfasste unter anderem Wohnimmobilienpreise, indextheoretische Fragestellungen, Nutzung von Scannerdaten, regionale Preisvergleiche sowie aktuelle Analysen der Ergebnisse von VPI und HVPI.

Informationen zur Konferenz sind abrufbar unter www.statistik-berlin-brandenburg.de.

Mehr als jeder dritte Schüler beendete 2013 die Schule mit dem Abitur

In vielen Bundesländern haben Schülerinnen und Schüler ihre letzten Abiturprüfungen abgelegt. Im Jahr 2013 erlangten insgesamt rund [319 000 Schüler](#) an allgemeinbildenden Schulen die allgemeine Hochschulreife – 2003 waren es noch 222 000. Damit ist die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten in diesem Zeitraum um 44 % gestiegen.

Betrachtet man [alle Absolventen und Schulabgänger](#) an allgemeinbildenden Schulen, lag der Abiturientenanteil im Jahr 2013 bei 36 %. Im Jahr 2003 hatten nur 23 % der Absolventen Abitur. Den größten Anteil an Abiturienten gab es 2013 in Hamburg (58 %), anteilig die wenigsten Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife in Bayern und Sachsen-Anhalt (je 27 %).

Während zwischen 2003 und 2013 der Anteil der Abiturientinnen und Abiturienten stark zugenommen hat, ist im gleichen Zeitraum der Anteil der Absolventen mit Hauptschulabschluss deutlich gesunken: Verließen 2003 noch 26 % der Schülerinnen und Schüler die Schule mit einem Hauptschulabschluss, waren es 2013 nur noch 17 %. Daneben hat auch der Anteil der Personen abgenommen, die die Schule ohne Hauptschulabschluss beendeten (2003: 9 %, 2013: 5 %). Diese und weitere Ergebnisse enthält die Veröffentlichung [„Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen - Fachserie 11 Reihe 4.3.1 - 1980 – 2013“](#) (Kapitel 59).

Jetzt neu: „Justiz auf einen Blick“



In einer sicheren Umgebung leben zu können, ist eines der Grundbedürfnisse von Menschen weltweit. Dabei sind Rechtsprechung und Strafverfolgung wesentliche Faktoren, ob Bürgerinnen und Bürger ihren Staat als Rechtsstaat anerkennen. In der neu aufgelegten Broschüre „Justiz auf einen Blick“ werden statistische Fakten zur Rechtspflege in Deutschland be-

leuchtet: So waren beispielsweise weniger als ein Prozent der Bevölkerung von schweren Formen der Kriminalität betroffen.

Bei den Verurteilten nach Deliktgruppen stieg zwischen 1985 und 2012 vor allem der Anteil der Personen, die aufgrund von Betäubungsmitteldelikten verurteilt wurden: Er verdreifachte sich im Bundesdurchschnitt von 2 % auf 7 %. Jeweils verdoppelt hat sich der Anteil der Verurteilten wegen Körperverletzungsdelikten (von 4 % auf 9 %) und Betrugsdelikten (von 6 % auf 12 %). Deutlich gesunken sind dagegen Verurteilungen aufgrund von Straßenverkehrsdelikten (von 37 % auf 22 %) sowie Diebstahlsdelikten (von 24 % auf 17 %).

Implementierung der neuen internationalen Klassifikation für Straftaten (ICCS)

Die von der Statistikkommission der Vereinten Nationen im März 2015 beschlossene internationale statistische Standardklassifikation für Kriminalität für statistische Vergleiche (International Classification of Crime for Statistical Purposes - ICCS) wird nun in den Mitgliedstaaten implementiert. Damit befasste sich die Arbeitsgruppe „Statistics on Crime and Criminal Justice“ am 24. und 25. März 2015 in Luxemburg unter dem Vorsitz von Jean-Louis Mercy (Eurostat). Das Statistische Bundesamt war vertreten durch Thomas Baumann, den Leiter des Referats H205 „Rechtspflege“.

Der ICCS-Entwurf war vom „Expert Group Meeting on the development of the International Crime Classification for Statistical Purposes“ (EGM) im Mai 2014 in Wien unter Beteiligung der Eurostat Working Group on Crime and Criminal Justice erarbeitet worden. Grundlage der Klassifikation sind einheitliche Beschreibungen verschiedener Handlungen (behavioural code) und nicht einzelne Strafnormen nationaler Strafgesetze (legal code).

Im nächsten Schritt werden Eurostat und das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) Handbücher zur Umsetzung der Klassifikation in den Mitgliedstaaten erarbeiten. Die Handbücher sollen die Mitgliedstaaten darin unterstützen, Korrespondenztabelle aufzubauen, mit denen nationale Statistikklassifikationen, die sich an nationalen Rechtsvorschriften (legal codes) orientieren, den handlungsorientierten Kategorien der internationalen Statistikklassifikation zugeord-

net werden können. Das Referat Rechtspflegestatistik im Statistischen Bundesamt entwickelt derzeit in Kooperation mit dem für die Polizeiliche Kriminalstatistik zuständigen Referat im Bundeskriminalamt eine Korrespondenztabelle für Deutschland und steht dabei im Austausch mit Eurostat. In dem für August 2015 vorgesehenen Heft 4/2015 von „[Wirtschaft und Statistik](#)“, wird voraussichtlich ausführlicher über die Implementierung der ICCS berichtet werden.

In gleicher Sitzung berichteten Eurostat und UNODC über die erstmalig 2014 gemeinsam durchgeführte Datenanfrage zu Kriminalität und Strafverfolgung bei den Mitgliedsstaaten. Sie soll den Datenbedarf der EU-Kommission und der Vereinten Daten decken. Grundlage ist der zuletzt 2013 eingesetzte UNODC-Fragebogen, der um Datenbedarfe von Eurostat ergänzt wurde. Er sieht die Darstellung verschiedener Delikte für die einzelnen Verfahrensebenen von der polizeilichen Ermittlungsarbeit über Staatsanwaltschaften, Gerichte und Gefängnisse vor. Analytisch setzt dies eine Verlaufsstatistik voraus, die es in Deutschland, aber auch in den meisten anderen Ländern, nicht gibt. Deshalb erfolgten 2014 – wie in den Jahren zuvor auch – auf nationaler Ebene Zulieferungen auf der Basis unverbundener Einzelstatistiken. Das Statistische Bundesamt hat bei dieser Datenabfrage eine Koordinierungsfunktion. Einerseits bedient es mit den im Referat Rechtspflegestatistik erstellten Bundesergebnissen die Datenblätter zu Staatsanwaltschaften, Gerichten und Gefängnissen in Deutschland. Für die übrigen Datenblätter sammelt es erforderliche Daten bei externen Stellen, darunter dem Bundeskriminalamt und dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.

Kontakt zur Redaktion

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

wir freuen uns über Ihre Meinung und stehen Ihnen bei Fragen oder Anregungen zu diesem Heft und seinen Beiträgen jederzeit gerne zur Verfügung. Bei allgemeinen Fragen zu den „Informationen aus der amtlichen Statistik“ erreichen Sie die Redaktion unter der Rufnummer +49 (0) 611 / 75 45 51.

Bei Fragen zu einzelnen Fachbeiträgen, steht Ihnen der allgemeine Statistische Informationsservice unter der Rufnummer +49 (0) 611 / 75 24 05 oder das Kontaktformular www.destatis.de/kontakt zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Redaktionsteam

Organisatorische Änderungen im Statistischen Bundesamt

Mit Wirkung vom 1. Juni 2015 traten in der Abteilung H „Gesundheit, Soziales, Bildung, Private Haushalte“ folgende organisatorische Änderungen in Kraft:

Das Referat H 107 – bisher: „Sozialhilfe, Grundsicherung, Asylbewerberleistungen, Wohngeld, Sozialberichterstattung“ – führt die Bezeichnung „Leistungen der Sozialhilfe“.

Ein neu eingerichtetes Referat H 108 führt die Bezeichnung „Asylbewerberleistungen, Wohngeld, Geschäftsstelle AG SteP“.

Statistischer Beirat

Carola Schmidt (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) vertritt als Nachfolgerin von Dr. Hartmut Streuff das BMUB im Statistischen Beirat.

Statistisches Bundesamt

Regierungsdirektor Stefan Dittrich, bisher mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung der Gruppe F 1 „Zensus“ beauftragt, wurde die Leitung der Gruppe übertragen.

Regierungsdirektor Stephan Lücken wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung der Gruppe F 2 „Demografie, Wohnen und Migration, Arbeitsmarkt“ beauftragt.

Regierungsdirektor Dr. Daniel Vorgrimler wurde mit Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung der Gruppe E 2 „Industrie, Bau, Energie“ beauftragt.

Mit der Wahrnehmung der Aufgaben einer Referatsleitung wurden beauftragt:

- Oberregierungsrat Christian Zipse, Leiter des Referats A 301 „Grundsatzfragen der Bürokratiekostenmessung“,
- Regierungsrat Carsten Hornbach, Leiter des Referats A 304 „Ex-ante-Schätzungen, Datenauswertung und Bilanzierung“,
- Oberregierungsrätin Marion Kuschel, Leiterin des Referats D 206 „Qualitätssicherung EU-Stabilitätspaktdaten“,
- Regierungsrätin Stephanie Hirner, Leiterin des Referats F 101 „Anschriftenregister, Referenzdatenbestand“,
- Regierungsrat Christian Meißner, Leiter des Referats F 304 „Beschäftigte des öffentlichen Dienstes“ und
- Regierungsrat Sven Kaumanns, Leiter des Referats G 206 „Nachhaltigkeitsindikatoren, Luftemissionsrechnungen, Abfallgesamtrechnung, sektorale Berichtsmodule“.

Regierungsdirektor Dr. Torsten Blumöhr, bisher Leiter des Referats G 103 „Betriebsregister, landwirtschaftliche Bodennutzung, Emissionsberichterstattung, Agrarumweltindikatoren, Forstwirtschaft“, wurde die Leitung des neuen Referats H 108 „Asylbewerberleistungen, Wohngeld, Geschäftsstelle AG SteP“ übertragen.

Oberregierungsrat Dr. Joachim Thomas, bisher Leiter des Referats G 206 „Nachhaltigkeitsindikatoren, Luftemissionsrechnungen, Abfallgesamtrechnung, sektorale Berichtsmodule“, wurde mit Ablauf des Monats Mai 2015 in den Ruhestand versetzt.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Mit Wirkung vom 1. Juli 2015 wurde Dr. Martin Bujard zum wissenschaftlichen Direktor im Forschungsbereich „Familie und Fertilität“ bestellt.

Hessisches Statistisches Landesamt

Regierungsobererrat Dr. Frank Padberg, Leiter des Referats A „Grundsatzfragen, Querschnittsanalysen, Forschungsdatenzentrum“ innerhalb der Abteilung P „Informationen, Analysen, Gesamtrechnungen“ wurde mit Wirkung vom 15. März 2015 an das Hessische Ministerium für Soziales und Integration versetzt.

Landesamt für Statistik Niedersachsen

Thomas Senftleben wurde am 1. Juni 2015 vom Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius in das Amt des Präsidenten des Statistischen Landesamtes eingeführt. Er folgt dem ehemaligen Präsidenten Eckart Methner, der Anfang des Jahres in den Ruhestand verabschiedet wurde.

Tagungskalender

April bis Dezember 2015

Termin	Ort	
14./15. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Rechtspflegestatistik“
20./21. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
21./22. April	Wiesbaden	Arbeitskreis „Rechtsfragen der Statistik“
22. April	Wiesbaden	Lenkungsausschuss „Optimierte Kooperation“
22./23. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verkehrsstatistik“
22. – 24. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
28. April	Bonn	Referentenbesprechung „Nutzung von IKT in Unternehmen“
28./29. April	Wiesbaden	Abteilungsleitungsgremium „Fachstatistik“
28./29. April	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
28./29. April	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
28./29. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
5. – 7. Mai	Dresden	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
6./7. Mai	Stuttgart	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
11./12. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus“
19./20. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
19. – 21. Mai	Bonn	Referentenbesprechungen „Sozialhilfestatistik“ und „Wohngeldstatistik“
21./22. Mai	Bonn	Referentenbesprechung „Pflegestatistik“
28./29. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
2./3. Juni	Saar- brücken	Amtsleiterkonferenz

Tagungskalender

April bis Dezember 2015

Termin	Ort	
9./10. Juni	Wiesbaden	Referentenbesprechungen „Schulstatistik“ und „Berufsbildungsstatistik“
11. Juni	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Bevölkerungsvorausberechnungen“
11./12. Juni	Wiesbaden	Arbeitskreis „Mathematisch-statistische Methoden“
16./17. Juni	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt“
24. Juni	Wiesbaden	Statistischer Beirat
30. Juni/1. Juli	Halle (Saale)	Arbeitskreis „Informationstechnik“
2./3. Juli	Bonn	Referentenbesprechung „Land- und Forstwirtschaft, Bodennutzung, Fischerei“
8./9. Juli	Wiesbaden	Arbeitskreis „Erhebungen nach § 7 BStatG“
15./16. September	Bad Ems	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
15. – 18. September	Hamburg	Statistische Woche
21. – 23. September	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
22. September	Wiesbaden	Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“
24./25. September	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus“
29./30. September	Bonn	Fachausschuss „Statistik des Gesundheitswesens“
30. September/ 1. Oktober	Berlin	Arbeitskreis „Rechtsfragen der Statistik“
30. September/ 1. Oktober	Bonn	Referentenbesprechung „Statistik des Gesundheitswesens“
13./14. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Insolvenz- und Überschuldungsstatistik“
13./14. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
14./15. Oktober	Wiesbaden	Abteilungsleitungsgremium „Fachstatistik“
14./15. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“

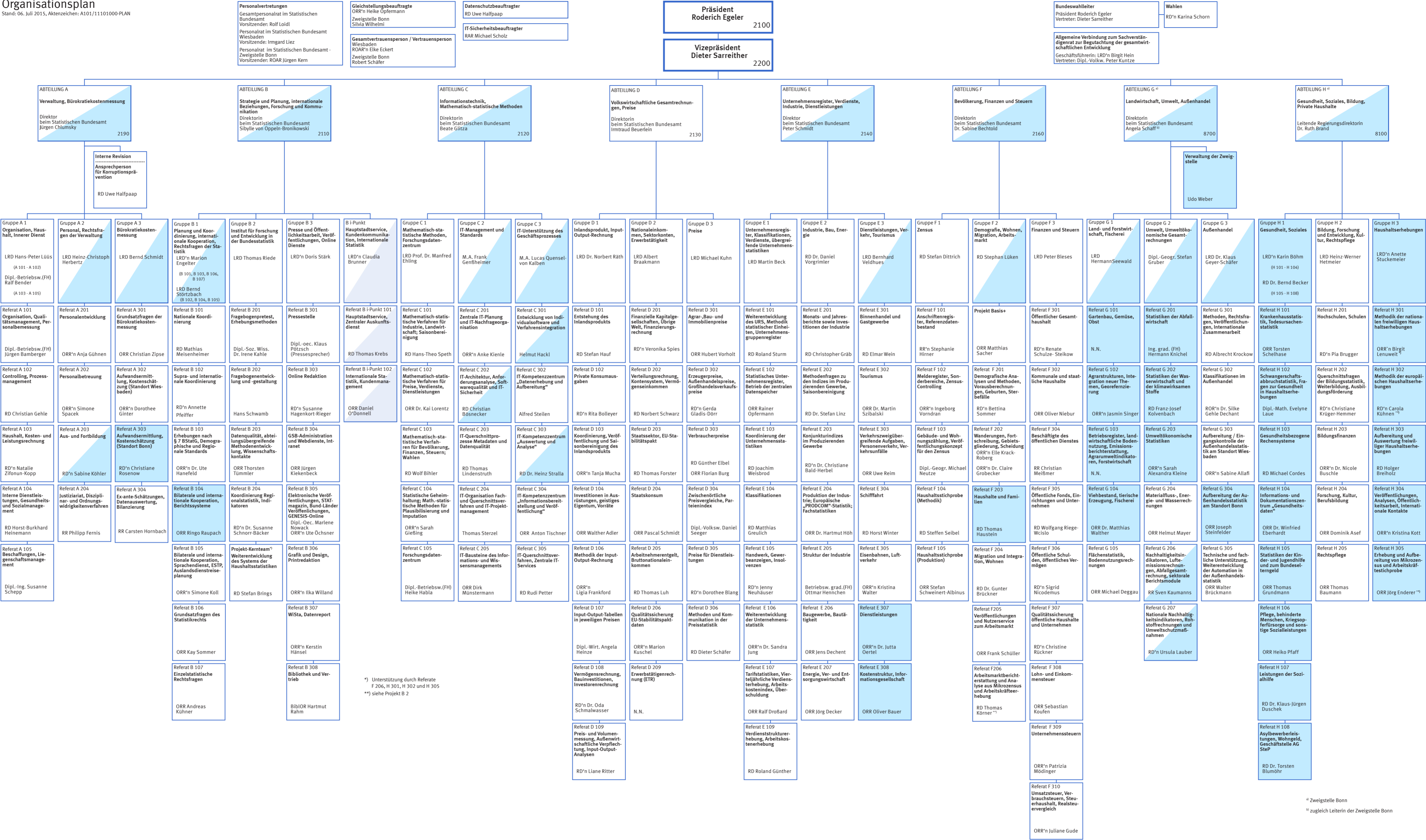
Tagungskalender

April bis Dezember 2015

Termin	Ort	
21./22. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erhebungen im Baugewerbe, Bautätigkeits- statistiken“
27./28. Oktober	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
27. – 29. Oktober	Halle (Saale)	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
27. – 29. Oktober	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
3./4. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
3./4. November	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
4./5. November	Berlin	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
5. November	Wiesbaden	Ausschuss „Hochschulstatistik“
10./11. November	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
10./11. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Gewerbeanzeigenstatistik“
11. November	Wiesbaden	Lenkungsausschuss „Optimierte Kooperation“
11./12. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
12. November	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
16./17. November	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Steuerstatistik“
24./25. November	Wiesbaden	Referentenbesprechungen „Handelsstatistik“ und „Tourismusstatistik“
2./3. Dezember	Bonn	Referentenbesprechung „Land- und Forstwirtschaft, Bodennutzung, Fischerei“
8./9. Dezember	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“

Organisationsplan

Stand: 06. Juli 2015, Aktenzeichen: A101/11101000-PLAN



Haus- und Lieferadresse: Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden
Postanschrift: Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden
Telefon: +49 (0) 611 75-1
Telefax: +49 (0) 611 72-4000 Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: post@destatis.de

Zweigstelle Bonn
Haus- und Lieferadresse: Grauherdendorfer Straße 198, 53117 Bonn
Postanschrift: Postfach 17 03 77, 53029 Bonn
Telefon: +49 (0) 22899 643-0
Telefax: +49 (0) 22899 643-8990 Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: post@destatis.de

I-Punkt Berlin Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: i-punkt@destatis.de
EDS Europäischer Datenservice Internet: <http://www.eds-destatis.de> E-Mail: eds@destatis.de
Haus- und Lieferadresse: Friedrichstraße 50-55, 10117 Berlin
Postfach 11 01 02, 10831 Berlin
Telefon: +49 (0) 3018-644-9428
Telefax: +49 (0) 3018-644-9430